

# CNE Monatsmagazin

CNE für Deutschland

Deutschland für CNE



## And the winner is ...

Das Weihnachtsfest und das Neue Jahr stehen vor der Tür. Zeit der Wünsche, auch wenn nicht alle in Erfüllung gehen. So hatte sich auch mancher Think Tank Hoffnungen auf einen der ausgelobten Stockholm Network Golden Umbrella Awards gemacht. Doch in jeder Kategorie gab es nur einen ersten Platz. Am 5. Dezember 2007 wurden die Gewinner in London bekanntgegeben. And the winner is ...



Interessantes aus  
Deutschland für  
CNE-Leser

Interessantes von  
CNE für  
deutsche Leser

## Themen dieser Ausgabe

**And the winner is... 1**  
Über die Verleihung  
der Golden Umbrella  
Awards des Stockholm  
Network

**Steuergeschenke..... 2**  
Interview mit Krassen  
Stanchev zur bevor-  
stehenden bulgari-  
schen Proportional-  
steuer

**Effizientes Problem-  
lösen..... 4**  
Hardy Bouillon zur  
Frage, was Konsu-  
mentenverhalten alles  
ausdrücken kann

**Das letzte Wort .... 12**  
Stephen Pollard über  
Liberale und Knöll-  
chen

Nr. 10  
Nov./Dez. 2007



Keine leichte Wahl für die Juroren. Sie hatten in neun Kategorien unter hochverdienten Nominierten auszuwählen.

Ausgelobt waren der Preis für den besten Think Tank in einer der neuen Marktwirtschaften und der Preis für den besten Beitrag zum marktwirtschaftlichen Denken. Aber auch der beste neue Think Tank und der Stockholm Network Think Tank des Jahres wurden prämiert. Darüber hinaus wurde die Persönlichkeit des Jahres geehrt und die beste Forschungsarbeit vorgestellt. Außerdem wurden Innovations-, Internet- und Medienpreise verliehen.

Helen Disney vom Stockholm Network, der englische Parlamentsabgeordnete Michael, MEP Gove Syed Kamall, David Rennie vom Economist, Pascal Salin, Professor an der Universität Paris – Dauphine, Bridgett Wagner von der Heritage Foundation und Hardy Bouillon für CNE bildeten das Auswahlkomitee.

Er hatte endlich wieder Grund zur Freude: der Präsident des türkischen Think tanks Association for Liberal Thinking, Atilla Yayla (im Bild mit der Moderatorin des Abends, Karen Horn). Als er



Kemal Atatürk „diesen Mann“ nannte, wurde er in seinem Heimatland vor Gericht gestellt. Nun erhielt er zu Recht die Auszeichnung *Persönlichkeit des Jahres*. Gleich zweimal gewann der bulgarische Think Tank IME (s. auch das Interview mit dessen langjährigem Leiter Krassen Stanchev, S. 2f.), und zwar in den Kategorien *Think Tank des Jahres* und *Medien*.

Das Istituto Bruno Leoni (Forschungspreis) und Jose Pinera (bester Beitrag zum marktwirtschaftlichen Denken) zählten ebenso zu den Gewinnern. Mehr zu den übrigen Preisen und ihren Trägern erfahren Sie unter:

<http://www.stockholm-network.org/umbrellaawards.php>

# Steuergeschenke



*Dr. Krassen Stanchev, langjähriger Direktor des Instituts IME, das die Einführung der Flat Tax*

*in Bulgarien initiierte und maßgeblich forcierte*

*Keine Sorge, wir halten nichts vom Begriff der Steuergeschenke, der gerne verwendet wird, um vermeintlich großzügiges Verhalten des Staates, meist zu dieser Jahreszeit, zu charakterisieren. Schenken kann nur, wer Eigentümer des Geschenks ist. Der Staat jedoch, der seine Steuersätze senkt oder Freibeträge hebt, ist nicht Eigentümer jenes Steueranteils, den er nach Gutdünken dem Steuerzahler „nachläßt“. Ein Steuer-senkungsbeschluss ist Ausdruck der Auffassung, daß fortan die niedrigere Steuer zu gelten habe und der Steuerpflichtige über einen höheren Teil seines besteuerten Eigentums verfügen darf. Die Einbehaltung der Differenz wäre schlicht Unterschlagung, die Gewährung aber keineswegs ein Geschenk.*

*Die für 2008 geplante Einführung einer 10%igen Flat Tax in Bulgarien ist demnach auch kein Steuergeschenk, sondern lediglich Ausdruck des nun für angemessen erachteten Steuersatzes.*

## MoMa im Gespräch mit Krassen Stanchev

### **MoMa:**

Lieber Krassen, das bulgarische Parlament hat, von den europäischen Medien nahezu unbemerkt, Anfang November in der 1. Lesung die Einführung einer 10prozentigen Einheitssteuer (Flat Tax) beschlossen. Eifert Bulgarien seinen Nachbarn gerne nach?

### **Stanchev:**

Ja und nein. Bei genauem Hinsehen sind unsere Bemühungen um eine Flat Tax älter als die unserer Nachbarn, die schneller zu Potte gekommen sind.

### **MoMa:**

Warum? Anders gefragt, seit wann gibt es diese Bemühungen?

### **Stanchev:**

Wenn man es an einem Datum festmachen will, dann wohl am Jahr 1996, als die Slowakei, Polen und Bulgarien in arger Bedrängnis waren. Wir durchlebten damals eine Hyperinflation. Jan Oravec gründete in jenem Jahr seinen Steuerzahlerbund und konnte bereits nach 5 Jahren seinen Triumph erleben. Herr Bak, der Gleiches in Polen unternahm, gab wieder auf. Balzerowicz versuchte als Finanz-



*Die Senkung der Steuern ist kein Geschenk, sondern Ausdruck des Parlaments, daß dem Staat fortan rechtmäßig weniger vom Eigentum der Bürger zur Disposition stehe.*

minister einen zweiten Anlauf, scheiterte aber an der Fraktion der unerbittlichen Umverteiler. Und Bulgarien – nun hier dauern gute Reformen normalerweise doppelt so lange wie anderswo. Aber zumindest gehen wir diesmal vor Polen durchs Ziel.

### **MoMa:**

Krassen, Du und Dein Team von IME, Ihr habt entscheidenden Anteil am jetzigen Durchbruch in der Steuerfrage. Was war letztlich entscheidend für diesen Erfolg?

### **Stanchev:**

Der Schlüssel zum Erfolg war wohl die Beständigkeit, mit der wir das Thema im öffentlichen Bewusstsein gehalten haben. Unser Vorteil war, dass unser Team vornehmlich aus Wirtschaftswissenschaftlern bestand: Svetla Kostadinova, Dimitar Chobanov, Veliko Di-

mitrov, Adriana Mladenova, Metody Metodiev, Petar Ganev, Momchil Krastev und seine Kollegen (George Ganev, Latchezar Bogdanov, George Stoev und Assenka Yokova, Martin Dimitrov) Einige erlangten Schlüsselstellungen in staatlichen Einrichtungen. So wurde der Letztgenannte, Martin Dimitrov, Mitglied im Parlament. Er sitzt in vielen Ausschüssen und ist 2. Vorsitzender im Haushalts- und Finanzausschuss.

**MoMa:**

Wie kam denn die Idee zur 10prozentigen Einheitssteuer auf?

**Stanchev:**

Das war die Idee meines Kollegen George Angelov. Auf seine Anregung hin begannen wir bei IME einen alternativen Haushaltsplan auf Grundlage einer 10prozentigen Flat tax aufzustellen. George betrieb sein Anliegen 5 Jahre lang federführend, schuf einen Expendometer (einen Ausgabenmesser, dessen Ausschläge man auf unserer Website verfolgen konnte), errechnete den Tax-Freedom Day für Bulgarien (also den Tag im Jahr, ab dem der Durchschnittssteuerzahler in die eigene Tasche wirtschaften darf) und schrieb etwa 150 Leitartikel für führende Tagesblätter in Bulgarien. Außerdem trat er in mehr als 60 Talkshows auf, wo er mit Gegnern stritt, und sorgte dafür, dass jährlich Eingaben eingereicht wurden, unterstützt von den besten Ökonomen des Landes, der Handelskammer und von den Gewerken, ganz zu schweigen von der breiten Unterstützung unserer Freunde aus anderen Ländern (deren Liste zu lange wäre,

um sie hier aufzuführen). Darüber hinaus stand der gesamte Aufsichtsrat von IME hinter diesen Aktionen.

**MoMa:**

Das ist äußerst beeindruckend. Man könnte sagen: Steiner Tropfen höhlt den Stein.

**Stanchev:**

Gewiss. Oh – zwei Personen möchte ich hier nicht unerwähnt lassen: George Vassilev, ein Banker aus Genf, und seine Frau Elena Madzarova, ebenfalls Bankerin, die mit ihrer Familie das monatliche Flat Tax Magazin in Bulgarien unterstützt haben, ein Bulletin, das fünf Jahre lang jeden Politiker im Lande und die breite Öffentlichkeit erreichte.

**MoMa:**

Warum kommt die neue Flat Tax erst jetzt unter einer sozialistischen Regierung zustande?

**Stanchev:**

Bei den Wahlen 2005 haben alle Parteien damit geworben, die Steuern zu senken. Nur die amtierende Sozialisten nicht. Doch jetzt nach zwei Jahren im Amt und darauf erpicht, wiedergewählt zu werden, hatten sie keine andere Wahl. Und sie haben sich ihren Applaus dafür verdient.

**MoMa:**

Sie glauben, die Steuerreform werde Bestand haben?

**Stanchev:**

Unser Steuersystem ist von der Perfektion weit entfernt. Aber es wird funktionieren. Und in der noch ausstehenden 2. Lesung wird es wohl kaum Änderungen geben.

**MoMa:**

Lieber Krassen,

herzlichen Dank für das Gespräch. Wo können sich unsere Leser, die den weiteren Werdegang dieser Entwicklung verfolgen wollen, informieren.

**Stanchev:**

Gerne auf unserer Website. Meine Kollegin Svetla Kostadinova nimmt sich der Sache an. Nachlesen kann man das Meiste im englischen IME Bulletin. ([http://ime.bg/en/pr\\_en/](http://ime.bg/en/pr_en/))



*IME, das Institute for Market Economics, hat seinen Sitz in Sofia, Bulgarien. Mehr zu IME erfahren Sie unter <http://ime.bg/en/>*

**Flat Tax in Europa**

*Estland machte den Anfang. Und seit 1994 sind ihm viele Länder Osteuropas gefolgt, darunter die Slowakei, Rumänien, Albanien — und nun Bulgarien.*

*In der ersten Lesung hat das bulgarische Parlament die Einführung einer 10prozentigen Flat Tax für Anfang 2008 beschlossen – die niedrigste Flat Tax in Europa.*

# Konsumenten zwischen Markt oder Politik



**Hardy Bouillon**

*Weihnachtszeit, die Zeit der Liebe und der Geschenke und damit eine Zeit, in der überproportional viele Konsumkäufe getätigt werden und selbsternannte Sittenwächter der Nation es am liebsten sehen, dass der Staat das „ausufernde Konsumverhalten“ reglementierte.*

*Zeiten wie diese sind eine gute Gelegenheit über Konsum und die Stellung des Konsumenten zwischen Markt und Politik zu reflektieren.*

*CNEs Head of Academic Affairs, Hardy Bouillon, hat sich dieses Themas angenommen. Seine Reflexionen stellen eine erweiterte Fassung eines Essays dar, den er für Band 113 der Orientierungen — einem Magazin der Ludwig Erhard Stiftung in Bonn — geschrieben hat.*



## Was will der Konsument?

Trends gehören naturgemäß zu den schnelllebigen Entwicklungen unserer Zeit, und nicht immer erreichen sie das Alter respektive die Bedeutung, die ihnen die Erforschung seitens der Wissenschaft sichert. Gleichwohl gehören viele von ihnen zu jenen Phänomenen, welche die Öffentlichkeit hinreichend fesseln und so manche Autoren dazu animieren, denkbare Erklärungsansätze mithilfe von Plausibilitätsargumenten zu vergleichen. Solche Vergleiche können für die Forschung durchaus hilfreich sein, weil sie im Vorfeld der Frage, welcher der konkurrierenden Theorieansätze die größte Fruchtbarkeit verspreche, brauchbare Entscheidungskriterien liefern können.

Wie man die Frage der Vorauswahl konkurrierender Theorien bescheidet bzw. welche Kriterien man zu ihrer Beantwortung anlegen kann und sollte, ist ein Thema, dessen sich Hans Albert in seinen Schriften angenommen hat.<sup>1</sup> Seine Überlegungen können sehr hilfreich sein und auf Fälle wie den folgenden Fall Anwendung finden.

Nehmen wir als Beispiel das von vielen als Trend begriffene Phänomen, dass die Menschen heute weniger von den traditionellen politischen Teilhaberechten Gebrauch zu machen schei-

nen als früher und andererseits ihr Marktverhalten heute mehr als Ausdrucksmittel ihres politischen Willens nutzen, als es früher der Fall war. Eine empirisch signifikante Bestätigung dieser Beobachtung einmal angenommen, kann man sich in diesem Zusammenhang folgende Frage stellen: Welche Hypothese sollte zur Erklärung dieses Phänomens herangezogen werden? Etwa eine Kompensationshypothese, der zufolge die Abkehr von alten Methoden der Bekundung politischen Willens durch eine Zuwendung zu modernen Formen aufgefangen wird? Oder eine Effizienzhypothese, der zufolge eine Intensivierung der Marktaktivität eine effizientere Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen darstellt als die Wahrnehmung von politischen Teilhaberechten?

Welche Überlegungen erfordert eine Kompensationshypothese, welche eine Effizienzhypothese? Dieser Frage wollen wir im folgenden nachgehen.

Eine Kompensationshypothese ist keineswegs von vornherein abwegig. Sie drängt sich manchem vielleicht sogar auf. So zeichnet z. B. Tanja Busse<sup>2</sup> ein Bild vom „politischen Konsumenten“ und dessen Verhalten, das eine Kompensationshypothese zu Hilfe nimmt. Dort heißt es: „Politischer Konsum bedeutet Ausweitung der Politik auf den Markt in einer Zeit der Ausweitung der Märkte. Er bedeutet individualisiertes politisches Engagement in einer individualisier-

ten Gesellschaft, das in kollektiven Aktionen münden kann.“<sup>3</sup>

Nun mag man mit einer solchen Kompensationshypothese liebäugeln oder nicht. Bevor man sich ihrer vorschnell annimmt (oder entledigt), sollte man jedoch einen Blick ins Feld der Begleitannahmen dieser Hypothese werfen. Auf diese Weise vermeidet man es, die weitere Auseinandersetzung mit der ursprünglichen Frage nicht mit Zusatzannahmen zu belasten, deren problematischer Charakter bereits im Vorfeld eingeschätzt werden kann.

Eine Begleitannahme der Kompensationshypothese scheint es zu sein, dass der Mensch ein gewisses und mehr oder weniger konstantes Maß an politischem Willen mit sich herumtrage, das entweder so oder so zum Ausdruck komme und sich den sich wandelnden Randbedingungen anpasse. Ewas vereinfacht: „Was früher der Gang zur Wahlurne war, ist heute der Einkauf „fairer“ Kaffees.“ Das sich ändernde Verhalten bei der Bekundung politischen Willens wird mit dem Hinweis auf sinkende Informationskosten im Zeitalter der Globalisierung erklärt.

### Kompensationshypothese vs. Effizienzhypothese

An dieser Stelle treten einige Fragen auf: solche, die sich ergeben, wenn man sich auf die Kompensationshypothese einläßt, und solche, die bereits vor Einlaß auf dieselbe auftreten. Läßt man sich auf die Kompensationshypothese ein, dann kann man z.B. danach



*„Es ist ebenso wenig eine ausgemachte Sache, dass nur der Konsum einiger Produkte Ausdruck politischen Willens ist, wie es klar ist, welcher politischer Wille Ausdruck des Konsumverhaltens ist.“*

fragen, ob der Einkauf „unfairer“ Kaffees – was immer man sich darunter vorstellen mag – ebenfalls Ausdruck eines politischen Konsums sei oder das Verhalten eines traditionellen Konsumenten, der seinen politischen Willen lieber in alten politischen Teilhaberechten ausdrückt als im Konsum. Neigt man dazu, der ersten Alternative zuzustimmen, dann drängen sich weitere Fragen auf. Z.B.: Ist die nach wie vor bestehende Marktüberlegenheit von Kaffeesorten, die nicht das Label „fair“ tragen, Ausdruck des politischen Willens ihrer Konsumenten, der Markt möge lieber „unfairer“ Kaffee anbieten, oder Ausdruck der Auffassung, dass auf freien Märkten gehandelter Kaffee per se fair gehandelter Kaffee sei und dieser dem fälschlicherweise „fair“ genannten Kaffee vorzuziehen sei? Es ist jedenfalls ebenso wenig eine

ausgemachte Sache, dass nur der Konsum einiger Produkte Ausdruck politischen Willens ist, wie es klar ist, welcher politischer Wille Ausdruck des Konsumverhaltens ist.

Manche Autoren scheinen dies anders zu sehen. So entsteht bei der Lektüre des o.g. Essays von Tanja Busse der Eindruck, als ob sie nur eine bestimmte Ausdrucksform politischen Willens unter den Verbrauchern gäbe. So heißt es bei ihr (S. 32): „Die Verbraucher in den Industrieländern wissen, dass es bei der Herstellung von Konsumgütern nicht immer rechtens und gelegentlich auch moralisch sorglos zugeht. Oft werden soziale und ökologische Standards leichtfertig missachtet. Die Zusammenhänge sind den meisten bekannt: Benzinverbrauch und Weltklima, billige Textilien und Ausbeutung von Menschen in Billiglohnländern, Fleischkonsum und Abholzung von Regenwaldflächen für Sojafelder oder Rinderfarmen. Doch ihr Verhalten beeinflusst das kaum“, behauptet sie.

Worauf sie ihre Auffassung gründet, verrät sie in ihrem Essay nicht. Es scheint so, als unterstellte sie dem „unpolitischen“ Verbraucher ein moralisch zweifelhaftes Konsumverhalten und dem „politischen“ Verbraucher ein moralisch überlegenes Konsumverhalten. Mir scheint die Aussage, mit der die Autorin aufwartet, voreilig und einseitig zu sein. Ob das von ihr den Verbrauchern unterstellte Wissen tatsächlich den Kenntnisstand der Konsumenten widerspiegelt oder nicht, ist genau so hypothetisch wie die Annahme, dass dieses vermeintliche Wissen das

Verhalten der Verbraucher kaum beeinflusse. Vielleicht unterstellen viele Verbraucher eben nicht, dass es bei der „Herstellung von Konsumgütern nicht immer rechtens und gelegentlich auch moralisch sorglos“ zugehe. Vielleicht haben sie andere ökologische und soziale Standards als die von Busse vorgeschlagenen. Vielleicht sehen sie diese nicht leichtfertig missachtet. Und vielleicht beeinflussen ihre Kenntnisse der Konsumgüterherstellung ihr Verhalten beim Kauf solcher Güter sehr wohl.

Zu welcher Einschätzung man auch immer kommen mag: sie ist keineswegs selbstverständlich – ein Umstand, der die Problematik der Kompensationshypothese indirekt zum Ausdruck bringt. Diese Problematik tritt aber auch direkt zutage, wenn man, wie oben angedeutet, sich solchen Fragen zuwendet, die vor Einlaß auf die Kompensationshypothese auftreten. Um diese Problematik direkt nachzuweisen, ist es angebracht, einige zusätzliche Betrachtungen anzustellen, die uns dann zu einigen Überlegungen zur Effizienzhypothese führen.

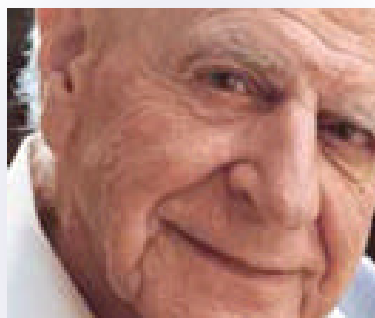
## Effizientes Problemlösen

Von Karl Popper stammt die kluge Bemerkung, alles Leben sei Problemlösen. Mit seiner Aussage meinte er, dass alle Lebewesen – die Menschen eingeschlossen –, unentwegt vor Herausforderungen stünden, die sie zu bewältigen hätten.

Dieser Einsicht kann man er-

gänzend hinzufügen, dass die Menschen mit der Entstehung der Arbeitsteilung einen Weg gefunden haben, viele dieser Herausforderungen nicht selbst anzunehmen, sondern von anderen meistern zu lassen. Wir müssen unsere Urlaubsreise nicht selbst von A bis Z planen, sondern können sie vom Reisebüro organisieren lassen. Wir müssen das Heimspiel unserer Lieblingsmannschaft nicht selbst mit der Kamera begleiten, sondern können es zuhause am Fernseher anschauen, wenn wir den Sportkanal einschalten.

Die Präferenz des Menschen, bestimmte Probleme lieber von anderen lösen zu lassen, als sie



*Karl Popper: Alles Leben ist Problemlösen.*

selbst in Angriff zu nehmen, ist wohl so alt wie das Tauschverhalten des Menschen selbst und letztlich Ausdruck der allgemeinen Effizienzhypothese, derzufolge der Mensch effizientere Lösungen weniger effizienten vorzieht.<sup>4</sup> Die Effizienzhypothese ist wohl eine Begleitererscheinung des frühen Moralsystems der Horde, das sich vor ca. 2 Millionen Jahren bei unseren Primatenvorfahren herauszubilden begann. „Die Grundregeln [der Primatenkleingruppe, HB]

sind teilen und sich um einander kümmern (caring and sharing). Das Teilen hat natürlich auch Versicherungsfunktion. Derjenige, der heute Jagdglück hatte, ist vielleicht morgen schon von der Beute eines anderen abhängig“, wie Gerard Radnitzky es einmal formuliert hat.<sup>5</sup>

Mit anderen Worten: Die Annahme und Abgabe von Problemen beruhte stets auf Gegenseitigkeit, war Gegenstand beständigen Tausches, um sich der wechselseitigen Hilfe in Notsituationen sicher sein zu können. Das Funktionieren dieses „Spiels“ wurde durch die Einhaltung bestimmter Regeln erst möglich und nachhaltig verstärkt: dem Respekt vor fremdem Eigentum und der Erfüllung von Versprechen und Verträgen.

Der englische Philosoph John Locke (1632-1704) hatte als einer der Ersten die Bedeutung des Eigentums für das menschliche Zusammenleben erkannt und dessen Entstehen mit der Einsicht des Menschen in die formale Gleichheit der Menschen und in die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Knappheitsproblems erklärt.

Die natürlichen Ressourcen sind bekanntlich knapp. Locke wollte die Frage klären, wie der Mensch sich Dinge aneignen könne, zunächst solche, die noch niemandem gehören, und dann solche, die schon zum Eigentum anderer gehören. Er glaubte, dass die erste Inbesitznahme herrorloser Güter (Appropriation) durch Arbeit erwirkt und legitimiert werde. Er hielt seinen Legitimierungsvorschlag für selbstredend, für *common sense*. Er schrieb:

„Wenn man die ausdrückliche Zustimmung aller Mitbesitzenden notwendig macht, damit sich jemand einen Teil dessen, was als Gemeingut verliehen ist, aneignen kann, so würden Kinder oder Knechte nicht das Fleisch schneiden dürfen, das ihr Vater oder Herr für sie gemeinsam besorgt hat, ohne daß er einem jeden seinen besonderen Anteil bestimmt hätte. Wenn auch das Wasser, das aus der Quelle fließt, Eigentum aller ist, wer kann zweifeln, daß es dennoch im Krüge nur demjenigen gehört, der es geschöpft hat?“<sup>6</sup> Für die Übertragung privaten Eigentums (Tauschhandel) hielt Locke die freiwillige Zustimmung der Vertragsparteien für vollkommen ausreichend.

Die Einhaltung von Verträgen dürfte für ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben kaum geringere Bedeutung gehabt haben als der Respekt vor Eigentum. Der o.g. Wissenschaftstheoretiker und Sozialphilosoph Gerard Radnitzky hat die Vertragstreue mit einer Analogie zur Wahrheitsstreue zu erklären versucht.

„Ein Vertrag ist ein gegenseitiges Versprechen. Die Grundregel oder Konvention ist also, das Versprechen einzuhalten. ... Die Urform der Gruppe, die über die Großfamilie hinausgeht, ist die Sprachgemeinschaft. Meines Erachtens kann sie exemplifizieren, wie Reputation und Externalitäten eine Konvention so stark stützen können, daß sie nahezu sich selbst-durchsetzend wird: es ist die Konvention, im allgemeinen die Wahrheit zu sagen. Die funktionalistische Erklärung lautet: Wenn Lügen allzu häufig würden, dann würde die Sprachgemeinschaft desintegrieren. Die Wahr-

heit sagen ist nützlich für die Kommunikations-Gemeinschaft. Richtig. Aber das Handeln der Individuen wird damit nicht erklärt. Dafür muß gezeigt werden, daß es im Normalfall für das Individuum vorteilhaft ist, die Wahrheit zu sagen. Der Sprecher baut damit einen Aspekt seiner Reputation auf: daß man sich auf das, was er sagt, verlassen kann. Er gewinnt Vertrauen, wird in der Gruppe ernst genommen.“<sup>7</sup>



*John Locke: Arbeit als Grundlage der Appropriation*

Unterstellt man die Richtigkeit der Auffassung, dass Eigentumsrespekt und Vertragstreue die Grundsteine für den Erfolg des Marktes als effiziente Form der wechselseitigen Lösung von Problemen sind, und unterstellt man außerdem die allgemeine Effizienzhypothese, wonach der Mensch (zumindest überwiegend) dazu neigt, unter vergleichbaren Alternativen immer die effizientere Lösung vorzuziehen, also jene, welche die ihm besser erscheinende Kosten-Nutzen-Bilanz hat, dann kann man zu einer Reihe weiterer Annahmen kommen. So wird man z.B. vermuten können, dass immer dann, wenn eine Person ein Problem selbst löst, statt es von einem anderen

lösen zu lassen, ihr die eigene Lösung wirtschaftlicher erscheint. (Wir wechseln die kaputte Glühbirne in der Leselampe selbst, statt einen Elektriker damit zu betrauen, etc..) Sollte sie indes andere mit der Bewältigung eines Problems beauftragen wollen, dann wohl deshalb, weil sie annimmt, der Markt biete ihr eine vertrauenswürdige Lösung an, die effizienter ist als jede andere, die sie selbst zustandebrächte.

Sollte jemand vor der Wahl stehen, ein und dasselbe Problem entweder mit einer Marktlösung oder einer politischen Lösung zu bewältigen, dann wird er vermutlich seine Wahl von der Frage abhängig machen, welche der beiden Lösungen die wirtschaftlichere sei: Erscheint ihm die politische Lösung wirtschaftlicher, zieht er diese vor. Hält er die Marktlösung für die günstigere Alternative, dann räumt er dieser den Vorzug ein.

Das Präferenzverhalten bei der Suche nach Problemlösungen jedweder Art wäre demzufolge (vornehmlich) von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und der kulturellen Erfahrung mit dem Markt als Börse für Problemlösungen geprägt. Es wäre keinen, wie auch immer gearteten konterkariierenden Restriktionen unterworfen, die in der Konstitution des Menschen ruhen, etwa in der vermeintlichen Eigenschaft, ein bestimmtes Maß an Lösungen per se politisch anzustreben. Die Hinwendung zu politischen Lösungen wäre ebenso Ausdruck der Annahme, die vergleichsweise günstigste Lösung vorzuziehen, wie die Abkehr von politischen Lösungen.

## Politik als Marktersatz

Was heißt das im Hinblick auf unserer betrachtetes Phänomen? Es bedeutet u.a., dass die Vernachlässigung politischer Teilhabeinstrumente nicht in andere Ausdrucksformen politischen Willens münden muß. D.h., mindern die Menschen ihre bisherige politische Aktivität, muß nicht angenommen werden, dass sie nach politischen Kompensationen Ausschau hielten. „Politischer Konsum“ – wenn er denn ein solcher ist – ist nicht notwendig eine politische Ersatzbefriedigung. Er kann auch mit einer Effizienzhypothese erklärt werden, z.B. im Rahmen sogenannter „weicher Anreize“.

Im Rahmen eines solchen Erklärungsversuches würde man „politischen Konsum“ mit den Vorteilen zu erklären trachten, die dem Konsumenten aufgrund seiner bekundeten politischen Haltung erwachsen, z.B. Integration in von ihm bevorzugte weltanschauliche Netzwerke etc. Derlei Erklärungsversuche sind z.B. von Karl-Dieter Opp unternommen worden. Opp verweist in diesem Zusammenhang auf zahlreiche empirische Untersuchungen zum rationalen Verhalten von Personen, die an politischen Protestkundgebungen teilnehmen.<sup>8</sup>

Vereinfacht ausgedrückt: Wer Eier aus Freilandhaltung statt aus Käfighaltung kauft, drückt nicht notwendigerweise seinen politischen Willen aus, sondern kann damit auch das Ziel verfolgen, in den von ihm bevorzugten Kreisen die gewünschte Position einzu-

nehmen. In analoger Weise kann der Erwerb eines roten Ferrari mit dem weichen Anreiz erklärt werden, dem elitären Kreis der Ferraristi angehören zu wollen. Der Kauf muß nicht einem bestimmten politischen Willen des Käufers entspringen.

Verallgemeinernd ausgedrückt: Es gibt keine Notwendigkeit zur Annahme, dass es ein *zoon politikon* gebe, das dem *homo oeconomicus* Einschränkungen auferlegte. Wenn und solange der Mensch als *zoon politikon* auftritt, dann vielleicht deshalb, weil er als *homo oeconomicus* annimmt, dies sei die wirtschaftlichste Art, das anstehende Problem zu lösen.



*Politik: für Thomas Hobbes  
in gewisser Weise  
eine Frage der Ehre*

Die Formel vom *zoon politikon* geht bekanntlich auf Aristoteles zurück, der in der Verfaßtheit des Menschen die Anlage zum Gemeinschaftswesen zu erkennen glaubte. Ob Aristoteles diese Vermutung zur Recht oder Unrecht hegte, sei einmal dahin gestellt. Sie gründet auf der Annahme von Wesenheiten (Essentialismus), die in der Philosophie nicht unumstritten ist. Spätere Staatstheore-

tiker, wie z.B. Thomas Hobbes, die Aristoteles in dieser Hinsicht (wie auch in anderen Belangen) sehr kritisch gegenüberstanden, haben auf solche Annahmen verzichtet, glaubten aber nichtsdestotrotz, dass die Etablierung politischer Entitäten aus der Rationalität des Menschen begründet werden könne.

So sah Hobbes in der Politik ein Mittel zur Überwindung eines Problems, das vom Markt nicht gelöst werden könne. Er ging in seinem Buch *Leviathan* davon aus, dass der Mensch im Naturzustand stetig nach Reichtum, Macht und Ehre strebe, um der Gefahr, von anderen getötet zu werden, bestmöglich trotzen zu können, und bereit und willens sei, sich zur langfristigen Sicherstellung eines gewaltfreien Lebens der politischen Macht eines per Gesellschaftsvertrags (jeder mit jedem) eingesetzten Souveräns zu unterwerfen. Wenn auch mit teils anderen Grundannahmen, haben viele andere Vertreter der neuzeitlichen politischen Philosophie, insbesondere die Protagonisten des klassischen Liberalismus, diese These ebenfalls vertreten. In Anlehnung an Clausewitz könnte man sagen, sie glaubten, Politik sei die Fortsetzung des Marktes mit anderen Mitteln.

Anders und im Hinblick auf unsere Ausgangsfrage formuliert heißt das: Für die Sicherung von Leben und Freiheit erschien vielen Staatstheoretikern die politische Lösung wirtschaftlicher als jede Marktlösung (wobei viele die Möglichkeit einer Marktlösung für diese Aufgabe erst gar nicht in Betracht zogen.)

## Markt als Politikersatz

Märkte für Lösungsanbieter können sich überall bilden, wo wir andere mit der Lösung unserer Probleme betrauen (und dafür bezahlen) wollen. D.h. nicht, dass sich solche Märkte auch immer bilden würden. Mangelnde Ressourcen, unzureichende technologische Hilfsmittel, zu geringe Renditeaussichten, fehlende Wahrnehmung der Nachfrage, und viele andere Gründe lassen so manche Nachfrage nach Problemlösungen unbefriedigt. All dies ist uns hinlänglich bekannt, genauso bekannt wie die naturgegebenen bzw. von der Natur mitbestimmten Tatsachen, welche für die o.g. Gründe ursächlich sind, nämlich Knappheit, unvollständiges Wissen, divergierende Interessen und unzureichende Kommunikation.

Aber selbst dann, wenn all die genannten (aber auch alle sonstigen) natürlichen Unzulänglichkeiten beseitigt sind, kann es Gründe dafür geben, dass der mögliche Markt kein tatsächlicher Markt wird. Einer dieser Gründe, vielleicht der wichtigste, ist ein anderes Produkt der kulturellen Evolution, nämlich die Politik. Zu ihren Möglichkeiten gehört es, Freiheit und Eigentum der Individuen zu sichern und den Menschen damit die Option freizuhalten, die Lösungen für ihre Probleme nach eigenem Gusto zu wählen. Zu dieser Möglichkeit der Politik gesellt sich aber eine weitere, die auf dem Gewaltmonopol gründet, das ihr aus dem (freiwilligen oder unfreiwilligen) Zugeständnis der Menschen erwächst: Sie – oder genauer ge-

sagt, die in ihrem Namen agierenden politischen Akteure – kann den Menschen auch die Option verwehren, die Lösungen für ihre Probleme nach eigenen Vorstellungen zu wählen.

*„Märkte für Lösungsanbieter können sich überall bilden, wo wir andere mit der Lösung unserer Probleme betrauen (und dafür bezahlen) wollen.“*

Daß es für politische Akteure vielfältige Anreize gibt, mal von der einen, mal von der anderen Option Gebrauch zu machen, steht wohl außer Frage, ist aber für die hier vorgebrachten Überlegungen letztlich ohne Belang. Wichtig ist hier lediglich die Feststellung, dass politische Lösungen für menschliche Probleme zwei Wege einschlagen können, einen, der Alternativen zulässt, und einen, der solche ausschließt, und dass dieser Umstand einige Schlussfolgerungen erlaubt, was allerdings erneut einen Blick auf unsere Ausgangsthese erfordert, nämlich die These, dass der Mensch mit der Entstehung der Arbeitsteilung einen Weg entdeckt hat, für einige seiner Probleme Lösungen am Markt zu suchen.

Wie auch immer man zur o.g. Ambiguität der Politik stehen mag: sofern es für ein Problem einen Markt mit Gütern und Dienstleistungen gibt, die das Problem lösen helfen, kann man – cum grano salis – die Kundenresonanz als ein taugliches Maß für die allgemeine Wertschätzung der angebotenen

Leistungen betrachten. Ein ähnlicher Schluß kann nicht – oder nur unter Hinzuziehung etlicher, problembehafteter Zusatzannahmen – gezogen werden, wenn statt des Marktes die Politik die Rolle des Lösungshelfers einnimmt und Alternativen unterbindet oder nur in untergeordneten Bereichen zuläßt.

Man denke nur an das Gesundheits- und Rentenwesen, die neben wenigen Marktlösungen vor allem politische Lösungen enthalten, über deren Leistung unter der Kundschaft – wertneutral formuliert – geteilte Zufriedenheit herrscht. Unzureichende Zufriedenheit mit dem teilweisen oder vollständigen Ersatz des Marktes durch die Politik mag man auch daran erkennen, dass viele Märkte trotz ihrer Ver(Be)hinderung sich regen Besuchs erfreuen. Man denke nur an Schwarzmärkte, denen laut Friedrich Schneider ein Anteil von 17% am gesamten Marktvolumen zugestanden werden kann.

Für die Zeit von 1990 bis 1999 konstatierte Schneider für OECD-Länder folgenden Trend: „Im Schnitt hat die Schattenwirtschaft zugenommen, der Durchschnitt aller OECD-Staaten beträgt 13% und steigt auf knapp 17%. Ebenso kann man hier eine Rangreihenfolge aufstellen. Die südeuropäischen Länder haben Ende der 90er Jahre eine Schattenwirtschaft in der Größe von ca. 30% – ich vereinfache jetzt etwas –, dann folgen gleich danach die skandinavischen Länder mit einer Größe der Schattenwirtschaft um die 20%, Deutschland liegt im Mittelfeld, Schweiz und USA im unteren Drittel.“<sup>9</sup>

Geht man von einem Menschen aus, der – trotz aller denkbaren altruistischen Motive – überwiegend eigennutzorientiert handelt und denkt, dann darf man vermuten, daß Phänomene wie Schwarzarbeit, Steuervermeidung oder der Kauf unversteuerter Waren Hinweise darauf sind, dass diese Phänomene – trotz all ihrer Risiken – von vielen Menschen als Marktlösungen genutzt werden, um die alternative politische Lösung, deren Kompetenz als vergleichsweise unzureichend empfunden wird, zu umgehen. Wenn man z.B. bedenkt, dass ein Handwerker, um eine Arbeitsstunde eines Kollegen zu bezahlen, selbst 4 bis 5 Arbeitsstunden leisten muß<sup>10</sup>, dann kann man seine Suche nach alternativen (Schwarz)Marktlösungen als den Versuch verstehen, die für ungeeignet erachtete politische Lösung für das Problem, einen Handwerker zu engagieren, gegen eine geeignete Lösung einzutauschen. Der Markt erscheint hier als Fortsetzung der Politik mit anderen (effizienteren) Mitteln.

Wie immer man zu dieser Strategie der Lösungspräferenz stehen mag, so scheint dieses Verhalten doch eines nahezulegen: Wann immer ein signifikanter – nicht leicht und überzeugend anderweitig erklärbarer – Rückzug vieler Menschen aus der Politik konstatiert wird, sollte man nach ökonomischen Umgehungsoptionen der oben genannten Art, die sich zwischenzeitlich ergeben haben können oder inzwischen billiger zu haben sind, Ausschau halten und mit Hypothesen, wie die o.g. Kompensationshypothese, kritisch vergleichen, um zu einer fruchtbaren Vorauswahl zu gelangen.

## Konsumenten auf der Suche nach Effizienz

Die Annahme, der Mensch habe ein genuines Interesse als homo politicus und sein Rückzug aus der Politik sei eine Aktivitätsverlagerung von der traditionellen politischen Bühne zu anderen Schauplätzen politischen Handelns, scheint also im Vergleich zur Annahme, dass der Mensch die wirtschaftlichste Lösung sucht und eine politische Alternative nur dann wählt, wenn er sie auch für die effizienteste Option hält, eine Arbeitshypothese mit größeren



*Toilettenservice in Schulen:  
oft hilft nur eine  
Privatinitiative —  
Beleg für (unvermeidliche?)  
Mehrfachzahlungen*

Anfangsschwierigkeiten zu sein. Sie muß – was man nicht vergessen sollte – zudem erklären können, warum der Mensch ein gewisses Interesse – das wahrscheinlich als ein stabiles angenommen wird – haben soll, einen gewissen Anteil seiner Probleme politisch zu lösen, und warum er dieses Interesse auch dann bewahren soll, wenn es der wirtschaftlichen Lösung

eigener Probleme hinderlich sein kann.

Wie auch immer, die Frage, ob der Mensch auf der Suche nach Lösungen für seine Probleme dazu neigt, in der Markt- oder der Politikalternative die wirtschaftlichere Variante zu vermuten, lässt sich nicht ohne weiteres beantworten. Gleichwohl gilt es zu bedenken, dass – wie weiter oben ausgeführt – die Politik als Hort des Gewaltmonopols über eine Option verfügt, die dem Markt nicht gegeben ist: Sie kann in vielen Feldern, wenn nicht gar in allen, Alternativen zu ihrem eigenen Lösungsangebot unterbinden und damit dem Menschen die Möglichkeit rauben, die aus seiner Sicht zu bevorzugende Lösungsalternative zu wählen. Dieser Umstand kann den Argwohn gegen die Politik nähren und zu der Alltagsstrategie verleiten, politische Lösungen a) so weit wie möglich zu vermeiden oder b) nur offiziell mitzutragen, aber inoffiziell Marktlösungen einzukaufen.

Im zweiten Fall entstehen dann die bekannten Fälle von Mehrfachzahlungen. So zahlt man z.B. seine Steuern und Kommunalabgaben u.a. in der Hoffnung, dass die Schulen, welche die eigenen Kinder besuchen, saubere Klassenräume und Toiletten haben. Enttäuscht über die unerfüllte Erwartung organisiert und finanziert man alsbald mit anderen Eltern einen Förderverein, der die Modernisierung der Klassenräume in Privatinitiative durchführt und die Toilettenreinigung als Fremdleistung einkauft. D.h., man zahlt ein zweites Mal, diesmal mit dem erhofften Erfolg.

Ein solches Doppel- oder Mehrfachzahlverhalten ist indes nur möglich, wenn die dazu erforderlichen Mittel vorhanden sind, zuvor erwirtschaftet wurden. D.h., wachsende Wirtschaftskraft lässt eine zunehmende Abkehr von als unzureichend erachteten Politiklösungen erwarten, falls Marktalternativen vorhanden sind oder leicht angeboten werden können. Dies dürfte insbesondere dann gelten, wenn die anwachsenden wirtschaftlichen Mittel nur in einer nicht wahlentscheidenden Gruppe anzutreffen sind. Dieser Gruppe steht die Abschaffung der politischen Lösung als Option nicht zur Verfügung. Erwachsen die für Doppelzahlungen benötigten Mittel jedoch der Mehrheit der Wähler, dann wäre denkbar, dass diese mehrheitlich für eine Abschaffung der politischen Lösung plädierte, um nur einmal (für die effiziente Marktlösung) zahlen zu müssen.

Vereinfacht ausgedrückt heißt das: Man darf annehmen, dass ein ineffizient erscheinendes politisches System, das trotz seines wenig haushälterischen Umgangs mit knappen Mitteln einen hohen wirtschaftlichen Wohlstand zulässt, ceteris paribus eher Gefahr läuft, in ein effizienteres Politsystem verwandelt zu werden, als eines, in dem ein niedrigerer Wohlstand erzeugt wird. Außerdem darf man vermuten, dass mit der Zunahme des wirtschaftlichen Wohlstand eine Abnahme der Politik korrelieren wird.

Es gilt abzuwarten, ob diese Arbeitshypothese den Test mit der Wirklichkeit bestehen wird.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Hans Albert, *Traktat über rationale Praxis*, Tübingen: Mohr 1978, S. 29.

<sup>2</sup> Tanja Busse, „Die Entwicklung der Konsumentensouveränität“, in: *Orientierungen* 111 (1/2007).

<sup>3</sup> Tanja Busse, a.a.O., S. 32.

<sup>4</sup> Diese Hypothese mag vielen trivial und nicht bezweifelbar erscheinen, doch sie ist es nicht; es sei denn, man neigte in Anlehnung an Ludwig von Mises zur Auffassung, dass es synthetische Apriori gebe (wie z.B., daß der Mensch handle, um seinen Status quo zu verbessern), oder man tendierte zur Auffassung, der Mensch sei zu solch einem Verhalten biologisch determiniert. Und zu sagen, die Aussage „Der Mensch zieht effizientere Lösungen weniger effizienten vor“ sei hypothetisch, weist lediglich daraufhin, dass diese – wie alle empirischen Aussagen – der prinzipiellen Fallibilität unterworfen ist.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Gerard Radnitzky, „Das moralische Problem der Politik“, in: *Erwägen, Wissen, Ethik (vormals Ethik und Sozialwissenschaften)* (EuS) Streitforum für Erziehungskultur) 13, 2003, S. 346.

<sup>6</sup> John Locke, *Zwei Abhandlungen über die Regierung*

(*Two treatises of government* 1689), hg. und eingeleitet von Walter Euchner, Frankfurt 1989 (4. Auflage), übersetzt von Hans Jörn Hoffmann, S. 218.

Zur Bedeutung und zum Verständnis der Lockeschen These vgl. auch Hardy Bouillon, *John Locke. Denker der Freiheit*, Band 1, St. Augustin: Academia Verlag 1997, S. 16ff.

<sup>7</sup> Radnitzky, a.a.O., S. 347.

<sup>8</sup> Vgl. Dazu Karl-Dieter Opp, „Das Modell rationalen Verhaltens. Seine Struktur und das Problem der „weichen“ Anreize“, in: *Wissenschaftstheorie und Wissenschaften. Festschrift für Gerard Radnitzky aus Anlaß seines 70. Geburtstages*, hg. von Hardy Bouillon und Gunnar Andersson, Berlin: Duncker&Humblot 1991, S. 115.

<sup>9</sup> Vgl. Friedrich Schneider, „Steigende Schwarzarbeit in Deutschland. Ein Motor für den Konsum“, in: *Geschützt oder gefangen? Der Konsument und seine Freiheit*, hg. von Hardy Bouillon und Detmar Doering, Berlin: Friedrich Naumann Stiftung, Brüssel: Centre for the New Europe, 2002, S. 35.

<sup>10</sup> Vgl. Schneider, a.a.O., S. 38.

*Hardy Bouillon*

# Das letzte



# Wort



## Ein Knöllchen für zu schnelles Fahren: wen freut's?

*Stille Zeit, hektische Zeit. Schnell noch ein paar Geschenke einkaufen, und das in der Fußgängerzone. Die Parkhäuser sind voll. Wer da noch einen Platz ergattern will, muß schnell sein, nimmt Risiken in Kauf und fährt auch schon mal schneller als erlaubt. Und irgendwann im Neuen Jahr flattert einem das Knöllchen ins Haus. Wer kennt diese Probleme nicht. Am 4. Dezember 2007 schrieb Stephen Pollard eine Kolumne zu diesem Thema, legte dar, warum auch Liberale Verständnis für Strafzettel haben sollten.*

*Ein Autofahrer war dreimal beim Übertreten der Geschwindigkeitsbegrenzung erwischt worden und fürchtete, seinen Führerschein zu verlieren. Er beschwerte sich. Worüber? Darüber, dass er erwischt wurde.*

*Dazu meint Stephen Pollard:*

Ich verstehe nicht, wie Menschen von dem Gedanken besessen sein können, dass Radarfallen eine große Ungerechtigkeit darstellen.

Einer meiner Leser meinte dazu: „Und Sie Sind ein Befürworter des schlanken Staates? Solche Fotokameras sind der lange Arm des paternalistischen Wohlfahrtsstaates, der uns alle unterdrückt. Er wird bei weitem viel zu oft zur Verkehrsregelung eingesetzt.“

Schlanker oder ausufernder Staat: damit hat all das m.E. nichts zu tun. Es ist lediglich eine Frage der Befolgung oder Missachtung der Gesetze. Das Argument derer, die sich über Blitzgeräte aufregen, ist, dass sie das Gesetz gerne übertreten wollen, wenn es ihnen passt. Die zulässige Geschwindigkeit mag 50 km/h betragen, aber wenn sie lieber 70 km/h fahren wollen, warum sollten sie das nicht dürfen? Welch ein vollkommen bizarres Argument, das sie gewiss nicht benutzen würden, wenn es darum geht, dass irgendein Haufen Metall sich in irgendeinen menschlichen Körper bohrt – denn genau das ist es, was bei einem Unfall passiert.

Ein anderer Leser meinte: „Ich will Ihnen eine einfache Frage stellen. Das Parlament erklärt es für illegal, die eigenen vier Wände zu verlassen. Ihre

Antwort wäre: Wo ist das Problem? Bleiben Sie einfach zuhause. Was meine ich damit? Man muss der vermeintliche Illegalität im größeren Kontext auf den Grund gehen? Ist Autofahren mit 120 km/h ein großes Verbrechen?“

Nun, es ist kein großes Verbrechen. Aber es ist illegal. Und das Argument der Gegner von Verkehrsüberwachungskameras richtet sich normalerweise nicht gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen per se, sondern gegen das Verfahren zur Überführung von Gesetzesübertretern.

Wenn Sie glauben, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen ganz und gar falsch sind, dann bringen Sie Ihr Anliegen vor und schauen Sie, wie weit Sie damit kommen, wenn ein Kind in einem Wohngebiet auf der Straße läuft, wo jemand 100 km/h fährt. Aber wenn man 50 km/h oder 30 km/h als Geschwindigkeitsbegrenzung akzeptiert, dann kann man ganz gewiss nicht sinnvoll argumentieren, dass diejenigen, die sich nicht daran halten, die Folgen ihres Tuns nicht tragen sollten. Alles, was die Radarfallen tun, ist, die abzulichten, die schneller fahren als erlaubt.

Also: Wenn Sie kein Knöllchen wollen, dann gibt es eine ganz einfache Regel: Halten Sie sich an die Verkehrsordnung!